

**„UN-Sozialpakt: Ratifizierung für die Große Koalition kein Thema?-
Für uns schon!“**

**Veranstaltung der Eberhard-Schultz-Stiftung am 10.04.2014 im Haus der Demokratie
und Menschenrechte**

Die Durchsetzung sozialer Menschenrechte -also der Rechte auf Bildung, Arbeit, Wohnung und Kultur- stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung im Rahmen der Berliner Stiftungswoche am 10.04.2014 im Haus der Demokratie und Menschenrechte.

Die einführenden Worte des Vorsitzenden der „Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte und Partizipation“ gaben einen Einblick in die Arbeit und die Ziele der Stiftung. „Menschenrechtsanwalt“ Schultz betonte ihr Anliegen, soziale Gerechtigkeit zu fördern, und forderte die aktuelle Bundesregierung zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls des UN-Sozialpaktes auf. Die Kampagne hierzu sei erforderlich, weil nur dann die Menschen ihre sozialen Menschenrechte einklagen können, in der Bundesrepublik und darüber hinaus – insbesondere bei dem zuständigen Beschwerdeausschuss der UNO (näheres auf der Homepage www.sozialeMenschenrechtsStiftung.org)

Ein Beitrag aus der Wissenschaft von Dr. Michael Wrase, Jurist und Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin (WZB) verlieh dieser Forderung Nachdruck. Wrase zeigte auf, dass soziale Menschenrechte mehr als ein symbolisches Konzept darstellen, sondern als individuell einklagbare Rechte im UN-Sozialpakt von 1966 verankert sind, und deshalb für die Betroffenen auch in Deutschland ganz praktische Bedeutung erlangen können.

Dabei verwies er auf die Bedeutung des Art. 13 des UN-Sozialpaktes, der die Schaffung eines diskriminierungsfreien Bildungswesens vorsieht. Art. 13 begründet einen individuellen Anspruch auf Chancengleichheit und ermöglicht es damit, gegen aktuelle Missstände wie Bildungsarmut oder die Ausgrenzung von Kindern mit einer Behinderung rechtlich vorzugehen. Die Forderung nach Inklusion erhält somit einen weiteren wirkungsvollen Hebel zu ihrer Durchsetzung.

Eveline Lämmer und Doris Syrbe, Mitglieder des Fördervereins Stille Straße e.V. in Berlin-Pankow, gaben mit ihrem anschließenden Bericht ein eindrucksvolles Beispiel ab, wie das soziale Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe durch aktive Bürger_innen-Partizipation durchgesetzt werden können. Sie schilderten auf bewegende Art und Weise Ihre Erfahrungen mit dem Kampf um die kommunale Seniorenbegegnungsstätte in der Stillen Straße.. Dank breiter öffentlicher Aufmerksamkeit gelang es im Oktober 2012 nach mehrmonatiger Besetzung des Hauses durch eine Gruppe von Seniorinnen den Erhalt vorläufig zu sichern. So haben sie es geschafft, ihr Recht auf Mitbestimmung, Kultur, Bildung und sozialen Zusammenhalt einzufordern.

Durch die Veranstaltung führte Dr. Sabine Schiffer, Leiterin des Instituts für Medienverantwortung und Botschafterin der Stiftung. Im Publikum waren interessierte und engagierte BürgerInnen, die sich rege an der Diskussion beteiligten und im Anschluss die Gelegenheit zur Vernetzung nutzten.

Bericht: Ruth Meding